
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHALLSCHUTZ

29.08.2012

„Der schnellen Umsetzung des Nachtflugverbots folgt nun die schnelle Umsetzung der Ergebnisse des Fluglärmgipfels. Zusätzlicher passiver Schallschutz in Höhe von 265 Millionen Euro wird so schnellstmöglich den von Fluglärm betroffenen Menschen bereitgestellt“, so der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Stefan MÜLLER.

Müller weiter:

„Wir begrüßen es sehr, dass das Forum Flughafen und Region (FFR) heute seine Vorschläge für die Ausgestaltung des von der Koalition auf den Weg gebrachten Regionalfonds vorgestellt hat. Die zusätzlichen Mittel pro Wohneinheit bringen für die Anwohner die Möglichkeit, einen besseren Schallschutz umzusetzen. Das Regionalfondsgesetz enthält 265 Millionen Euro zusätzlich für Schallschutzmaßnahmen. Diese sind ein deutliches Signal an die Menschen, dass wir die Sorgen der Bürger sehr ernst nehmen und durch solide Arbeit mehr erreichen können als durch die rechtlich unmöglichen Maximalforderungen nach Schließung der neuen Landebahn.“

Die Landesregierung investiert über den Regionalfonds die Einnahmen aus der Fraport-Dividende im Sinne der Menschen für deutlich mehr Lärmschutz und wird damit ihrer Verantwortung für die Menschen gerecht.

Der Flughafen ist und bleibt der größte Arbeitgeber Deutschlands und ist Impulsgeber für eine ganze Region. Ohne den Flughafen Frankfurt wäre der Finanzplatz Frankfurt oder die starke Logistikbranche mit 250 Speditionen und 140.000 Beschäftigten im Rhein-Main-Gebiet nicht denkbar. Deshalb ist es so wichtig, dass wir nun einen Ausgleich zwischen den Interessen der Anwohner und den Interessen derjenigen finden, die von diesem Flughafen leben.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de